

ENTSCHLIESSUNGSAANTRAG

der Abgeordneten Dr. Susanne Fürst

und weiterer Abgeordneter

betreffend Rasche Beendigung des Krieges zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine und die Herstellung eines dauerhaften Friedens

eingebracht in der 11. Sitzung des Nationalrates, XXVIII. GP, am 7. März 2025 im Zuge der Debatte zu TOP 1, Erklärungen des Bundeskanzlers, des Vizekanzlers und der Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates anlässlich des Amtsantrittes der neuen Bundesregierung

Der UN-Sicherheitsrat hat am 24. Februar 2025 in seiner 9866. Sitzung die Resolution 2774 (2025) verabschiedet, in der er seine tiefe Besorgnis über den anhaltenden Konflikt zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine zum Ausdruck bringt. In der Resolution heißt es:

*"In Trauer angesichts der tragischen Verluste an Menschenleben während des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine, erneut darauf hinweisend, dass der Hauptzweck der Vereinten Nationen entsprechend der Charta der Vereinten Nationen in der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie in der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten besteht, bittet der Sicherheitsrat eindringlich um eine rasche Beendigung des Konflikts und fordert ferner mit Nachdruck einen dauerhaften Frieden zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation."*¹

Diese Resolution ist für die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen völkerrechtlich bindend und unterstreicht die Notwendigkeit konkreter diplomatischer Bemühungen zur Beendigung des Konflikts.

Als neutraler Staat und Sitz bedeutender internationaler Organisationen trägt Österreich eine besondere Verantwortung in der Friedensdiplomatie. Es liegt im österreichischen Interesse, diese Resolution aktiv zu unterstützen und sich verstärkt für diplomatische Lösungen einzusetzen. Die Bundesregierung soll daher im Einklang mit der Resolution 2774 (2025) auf allen politischen und diplomatischen Ebenen Maßnahmen ergreifen, um einen nachhaltigen Frieden zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation zu fördern.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten, wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen im Sinne der Resolution des UN-Sicherheitsrates 2774 (2025) vom 24. Februar 2025 für einen dauerhaften Frieden zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation einzusetzen."

¹ Vgl. [https://docs.un.org/epn/S/RES/2774\(2025\)](https://docs.un.org/epn/S/RES/2774(2025))

